

**Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.**

Erich Kästner

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Verhandlungen zur „Modernisierung“ des Tarifrechts sollen von Euch in die Endrunde geführt werden. Mit welchem Zwischenstand? Offiziell gibt es keine Übersicht, keine zukünftigen Lohntabellen und die Eingruppierung von Tätigkeiten ist offen. Die Katze steckt noch im Sack. Ihr sollt sie kaufen. Und Ihr sollt sie darüberhinaus der Mitgliedschaft aufzwingen, den ver.di-KollegInnen, die noch weniger wissen und noch weniger Chance hatten, darüber auch nur zu debattieren. **Zwingt die Verhandlungsführer endlich, die Karten auf den Tisch zu legen und in ver.di bekannt zu machen, was Sache ist – und zwar vor dem Abschluss!** Jedes ver.di-Mitglied muss vorher wissen können, was für sie oder ihn vereinbart werden soll. Wieviel Lohn bekommen wir dann? Legt die Lohntabellen und Eingruppierungsrichtlinien offen! Welche Überstundenzuschläge fallen weg? Welche Spaltungen in Belegschaften werden durch die „Vereinheitlichung“ neu geschaffen? Welche Rahmenbedingungen werden für zukünftige gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten geschaffen?

Alles was bisher bekannt wurde gleicht darüberhinaus weniger der Katze im Sack, als dem Knüppel aus dem Sack der Arbeitgeber:

- ver.di-Vorsitzenden Bsirske redet von einem Mindestlohn von 1.500 Euro – und will hier nun einem **neuen Niedriglohn von 1.286 Euro (West) / 1.189,55 Euro (Ost)** zustimmen. **Auch die nächsten drei Lohngruppen sollen abgesenkt werden können.**
- Die bisher bekannt gewordenen Zahlen zu verschiedenen Lohngruppen zeigen: **Vor allem Familien mit Kindern werden deutlich schlechter gestellt.**

- **Flexibilisierung** bis zu 45 Stunden in der Woche und 12 Stunden am Tag sorgen für Arbeitsplatzvernichtung und den **Wegfall von Überstundenzuschlägen** (trifft vor allem ArbeiterInnen)
- Der **besondere Kündigungsschutz** im öffentlichen Dienst – offizieller Grund jahrelanger Lohnzurückhaltung – **soll aufgegeben werden.**

Diese „Strategie“ verschlechtert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst massiv. Dieses Vorgehen stellt unsere Gewerkschaft in Frage: Schon jetzt laufen uns die Mitglieder davon; verzichten können sie alleine. In Zukunft wird Solidarität durch die Preisgabe des bislang – direkt und indirekt – größten Flächentarifvertrags Deutschlands, des BAT / BMTG usw., enorm erschwert – mit Zustimmung von ver.di.

- **Leistungslohn** schafft neue Willkür und erschwert Solidarität zwischen den Beschäftigten.
- **Neue Öffnungsklauseln** werden vereinbart; schon jetzt wird in zahlreichen Betrieben über Absenkungs- oder Spartentarifverträge verhandelt. Die „Starken Bataillone“ werden aus der Tarifeinheit gebrochen, zum Beispiel öffentlicher Nahverkehr und Müllabfuhr.
- Bestandsschutz soll die bisherigen Beschäftigten retten – **auf Kosten einer weiteren Spaltung der Belegschaften.** Schon jetzt gibt es bei den Ländern Millionen, die unterschiedlich bezahlt werden, die unterschiedliche Urlaubs- und Weihnachtsgeldansprüche haben – kurz: die gegeneinander ausgespielt werden können.

Wir fordern Euch auf: Lehnt diesen Angriff auf Löhne und Arbeitszeiten, lehnt diese Schwächung unserer Gewerkschaft ab!

Den Flächentarif verteidigen durch Verzicht?

Die ver.di-Spitze argumentiert, es ginge um den Erhalt des Flächentarifvertrags. Können die Länder zurück gelockt werden in die Tarifeinheit mit Bund und Kommunen, wenn das Ergebnis der Verhandlungen „attraktiv“ ist? Für wen soll es denn „attraktiv“ sein? Ist es für die Arbeitgeber attraktiv, dann heißt das, dass ihre Strategie der Spaltung voll auf ging. Warum sollten sie dann ihre Strategie ändern? Die Länder werden die gleichen Zugeständnisse fordern – auf ihre Angriffe (Arbeitszeit bis zu 42 Stunden usw.) oben drauf. Ist das Ergebnis für die Beschäftigten attraktiv – wonach bisher leider überhaupt nichts aussieht – dann werden die Länder ebenfalls nicht freiwillig zurück kehren. Aber für eine deutliche Lohnsteigerung und gegen Arbeitszeitverlängerung gibt es die Möglichkeit, die KollegInnen zu begeistern und damit zu mobilisieren. Ein gemeinsamer Kampf – und kein Abschluss ohne volle Übernahme der Länder und auf alle BeamtInnen – kann die Tarifeinheit erzwingen. Sonst nichts.

Schutz vor Privatisierungen?

Billiglöhne sollen dazu dienen, Privatisierungen zu verhindern oder gar privatisierte Bereiche zurück zu holen. Diese Verzichtsstrategie geht nicht auf. Lohnabsenkungen führen dazu, dass Bereiche erst recht interessant werden für private Profitgeier. Der Schutz gegen Privatisierungen sind kampfstärke Belegschaften, die ihre Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter verteidigen können. Dann können – zusammen mit den Nutzern öffentlicher Dienste – die dafür nötigen Gelder von den öffentlichen Haushalten erkämpft werden. Dafür brauchen wir eine Gewerkschaft, die einzelne Belegschaften nicht alleine lässt, sondern überbetrieblichen Widerstand organisiert. Lohnabsenkungen holen auch keine Bereiche zurück. Sie setzen eine Abwärtsspirale in Gang: Wenn ver.di die Konkurrenzlogik akzep-

tiert, um Arbeitsplätze zu sichern, dann können sich auch die KollegInnen in privatisierten Bereichen nicht dagegen wehren, dass ihre Löhne „wettbewerbsfähig“ - und damit noch niedriger – sein sollen.

Gegen Ausverkauf und Lohnraub hilft kein halber Lohnraub mit Bsirskes Segen, sondern ein ganzer Widerstand der Gewerkschaft.

Wir fordern Euch auf:

- Sagt „Nein“ zur Arbeitszeitverlängerung, Lohnraub, Niedriglohngruppen und Leistungslohn.
- Brecht die Verhandlungen über die „Modernisierung“ des Tarifrechts ab.
- Kündigt die Entgelttarifverträge und setzt eine breite Mitgliederdiskussion und demokratische Entscheidung über die Tarifforderung für die Tarifrunde 2005 durch
- Setzt Euch ein für die Vorbereitung eines bundesweiten Streiks im gesamten öffentlichen Dienst unter Einbeziehung der BeamtInnen.

Mangelnde Kampfbereitschaft?

Immer wenn es ernsthaft erscheinende Angebote zum gemeinsamen Kampf gab, war die Unterstützung gewaltig: Hunderttausende beteiligten sich an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst 2002 / 2003. Bei zahlreichen Demonstrationen gegen Arbeitszeitverlängerung, Lohnraub und Sozialkahlschlag in den letzten beiden Jahren beteiligten sich Zehntausende, am 1. November 03 waren es über 100.000, am 3. April 04 in Berlin, Köln und Stuttgart über eine halbe Million. In Hessen streikten am 19. November 03 BeamtInnen, in Hamburg bereiten Kita-Beschäftigte gerade einen Streik vor, ...

Es wird endlich Zeit, diese Kraft zu nutzen, statt im stillen Kämmerlein mit den Arbeitgebern zu kungeln und ängstlich zurück zu weichen!

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP:
info@netzwerk-verdi.de,
Stephan Kimmerle, Roseggerstr. 39,
12059 Berlin, 0178 7 24 24 42

www.netzwerk-verdi.de